

<b>Anfrage</b> öffentlich	Datum 09.11.2017	Nummer F0227/17
Absender Stadtrat Oliver Müller <b>Fraktion DIE LINKE/future!</b>		
Adressat  Oberbürgermeister Herrn Dr. Lutz Trümper		
Gremium Stadtrat Stadtrat	Sitzungstermin 09.11.2017 09.11.2017	

Kurztitel  Ende der ungleichen Anrechnungspraxis von Bundesfreiwilligendienstleistungen und Schlechterstellung in Magdeburg?
--

**Ich frage den Oberbürgermeister:**

1. Wie beurteilen Sie den Fall der Magdeburgerin Monika Laas (Sozialhilfeempfängerin und Bundesfreiwilligendienstlerin), der am 25.11.17 im Rahmen der MDR-TV-Sendung „exakt“ thematisiert wurde und leider kein gutes Licht auf die solidarische Gleichbehandlung von ohnehin sozial herausgeforderten Menschen durch die zuständigen auch kommunalen Behörden in unserer Stadt wirft?

2. Finden Sie es gerechtfertigt, dass Sozialhilfeempfänger/innen gegenüber Leistungsberechtigten nach SGB II ungleich behandelt werden: ein/e HARTZ-4-Anspruchsberechtigte/r, der/die sich als Bundesfreiwillige/r engagiert sein „Taschengeld“ von 200 EURO behalten darf, ein/e Sozialhilfeempfänger/in, der/die dieselbe Arbeit verrichtet jedoch nur 60 EURO? Wie bewerten Sie diese offensichtliche Schlechterstellung bei der bisherigen Praxis der Anrechnung durch unser städtisches Sozialamt? Können Sie das menschlich verantworten? Was werden Sie konkret tun, um Abhilfe zu schaffen?

3. Werden Sie ab sofort wie auch andere kommunale Kostenträger in Mitteldeutschland das Urteil des Landes Nordrhein-Westfalen, das einer solchen Anrechnungspraxis deutlich widerspricht, anerkennen und in unserer LH Magdeburg umsetzen sowie sich in Ihrer vorbildhaften Funktion als Sozialdemokrat und Vorsitzender des Städte-und-Gemeindebundes in Sachsen-Anhalt ebenso entsprechend einsetzen und gesellschaftliche Teilhabe und Solidarität fördern helfen?

*Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.*

Oliver Müller  
Stadtrat